

## Undemokratisch und marktverzerrend

Tourismusabgaben sind auf verschiedensten Ebenen in Graubünden ein Thema: Nachdem das kantonale TAG abgelehnt wurde, sind laufend Gemeinden daran, ein eigenes Gesetz einzuführen, seit eineinhalb Jahren sind erste Klagen vor Verwaltungsgericht hängig, und die Regierung arbeitet an verschiedenen Gesetzesänderungen, um die rechtliche Grundlage für Tourismusgebühren zu verbessern. Eine grundsätzliche Diskussion über den Sinn solcher Gebühren wird jedoch nicht geführt. Tourismusabgaben gibt es schon aus den Anfängen des Tourismus. Als die Ferienorte noch mehrheitlich von der Landwirtschaft geprägt waren, sollten die Gäste mit moderaten Kurtaxen einen Teil der Infrastruktur mitfinanzieren. Bauern und Hoteliers hatten nicht die Mittel dazu. Mit den Veränderungen im Tourismus sehen heute jedoch viele Gemeinden überhöhte Tourismusabgaben als Allerheilmittel zur Mittelbeschaffung. Besonders Zweitwohnungseigentümer werden übermässig belastet. Doch nicht nur die Erhebung der Gebühren ist undemokratisch, sondern auch die Vergabe der eingenommenen Mittel. Der grösste Teil der Einnahmen fliesst in Tourismusorganisationen, welche dann innerhalb ihrer Reglemente in grösseren Destinationen Millionenbeträge relativ frei verteilen können. Würden gleich hohe Summen aus dem ordentlichen Budget der Gemeinden gesprochen, müssten diese meistens an Gemeindeversammlungen oder Urnenabstimmungen genehmigt werden. Die Überzeugung des Stimmbürgers für die Projekte wäre erforderlich. Mit den Tourismusgesetzen werden so demokratische Ausgabenkontrollen ausgeschaltet. Entscheidungsträger in den Tourismusorganisationen sind meistens Vertreter der etablierten Strukturen. Die Gelder fließen deshalb auch mehrheitlich an die etablierten Unternehmen und Berater. Monopolistische Strukturen werden dadurch gestärkt. Unternehmerische Initiativen ohne Zugang zum Honigtopf haben es entsprechend schwer. Innovation wird verhindert oder zumindest behindert. Was der Markt braucht, wird ebenfalls von den gleichen etablierten Marktteilnehmern bestimmt: Verschiedenste Angebote werden kreiert. Werden diese genutzt, werden sie als Marktbedürfnis definiert, ohne zu hinterfragen, ob die Nutzer auch bereit wären, einen marktgerechten Preis dafür zu bezahlen. Nicht subventionierte Angebote haben es umso schwieriger, in diesem Umfeld Erfolg zu haben. Überhöhte Tourismusabgaben wie sie heute in vielen Destinationen erhoben werden, sind deshalb grundsätzlich zu hinterfragen. Sie entsprechen weder demokratischen noch marktwirtschaftlichen Grundsätzen.

*Reto Fehr, Präsident der Interessengemeinschaft*

*Zweitwohnungseigentümer Flims Laax Falera*